Gevelsberger Zeitung

Amtsblatt der Stadt Gevelsberg. **Begr. 1878 als Ennepetal-Zeitung.**

General-Anzeiger

Die Gevelsberger Zeitung erscheint werktäglich nachmittags. Bezugspreis: Ins Haus gebracht monatl. 6.– Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 19.50 Mk. (einschl. 1.50 Mk. Zeitungsgebühr). Rotationsdruck und Verlag von Phil. Baltin, Gevelsberg. Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Gevelsberg, Mittelstraße 45. Fernsprecher Nr. 58. Telegramm-Adresse: Zeitung Gevelsberg. Postschließfach Nr. 63. Postscheckkonto Köln 15503.

Anzeigengebühren: Für 1 mm Höhe (36 mm breit) 35 Pfg., im Reklameteil (75 mm breit) 1.50 Mk. einschließlich Anzeigensteuer. Beilagengebühr 20 Mark das Tausend. Bei gerichtlicher Beitreibung kommt jeder Rabatt in Fortfall. Zeit- und Platzvorschriften werden möglichst berücksichtigt, jedoch ohne Gewähr. Erfüllungsort Gevelsberg. Aus unverlangten Einsendungen erwächst der Schriftleitung oder Geschäftsstelle keinerlei Verpflichtung.

Nr. 168 — Dienstag, den 19 Juli 1921. — 44. Jahrgang

Neustes vom Tage.

Vom 16. August ab gibt es markenfreies Brot, ..e Laib unter 12 Mk., sowie Markenbrot für etwa ..50 Mk. je 3 Pfund.

In Rußland wird angeblich allgemein mobil gemacht.

Ueber die von Frankreich verlangte völlige Wehrlosmachung der Oberschlesier fand eine Reichsminister-Beratung statt.

Reichskanzler Wirth soll für den Fall einer Freisgabe Oberschlesiens an Polen und einer Verlängerung der „Sanktionen" das Ende einer geordneten Wehrsverwaltung angedeutet haben.

Die Franzosen haben den Serben ein Panzerschiff als Grundstock einer Flotte geschenkt und hierdurch die Italiener schwer beleidigt.

Zwischen England und Frankreich ist über die türkische Frage eine kleine Unfreundlichkeit entstanden.

Oeffentliche Vergnügungs-Anstalten werden vom 15. Sept. ab durch eine scharfe Reichssteuer erfaßt.

Zur Annahme der Getreideumlage.

Vom Reichstagsabgeordneten Dr. Böhme (Deutscher Bauernbund).

Mit raschen Schritten geht seit einiger Zeit die Zwangswirtschaft für landwirtschaftliche Produkte ihrem Ende entgegen. Um ihretwillen haben während und nach dem Kriege schwere innere Kämpfe das Volk erschüttert. Das war und ist nicht wunderbar; denn wenn es jemals Maßnahmen gab, die so gegen das natürliche Empfinden eines ganzen Standes gerichtet waren, so die Zwangswirtschaft gegen das natürliche Empfinden der Landbevölkerung. Was für den industriellen Arbeiter das Koalitionsrecht bedeutet, das ist für das Landvolk die freie Verfügung über die eigene Scholle und das, was sie hervorbringt. Die ganze deutsche Agrargeschichte bis in die Jahrtausende zurück ist eigentlich nichts anderes als der Kampf um die Freiheit der Scholle. Alle Bedrückungen der breiten Massen der Landbevölkerung durch Guts- und Grundherren gingen gegen die Freiheit der Scholle, gegen das Recht, nach freiem Ermessen über Arbeitskraft und Produkte zu verfügen, gegen das freie Recht der Erbfolge. Seit einem Jahrhundert war der Kampf, nicht ohne schwere materielle Einbußen und Opfer, zugunsten der mittleren und unteren Schichten der Landbevölkerung entschieden.

Jetzt kam wieder der Staat und forderte Abgabe von Produkten wie die Gutsherren, schrieb die Preise vor, verbot, das Vieh nach freiem Ermessen zu füttern, ja ging sogar soweit, dem Produzenten landwirtschaftlicher Produkte vorschreiben zu wollen, was er dem eigenen Körper zuführen sollte zu Zwecken der Ernährung. Das war eine Ueberspannung der staatlichen Ansprüche, und letzteres ist von 99 v. H. der Landbevölkerung auch glatt nicht beachtet worden. Wer es erlebt hat, wie die Brauereiarbeiter für das Recht des Haustrunks in den Steuerkommissionen des Reichstages zu kämpfen verstanden haben, wird in dem elementaren Anspruch der Landbevölkerung, sich selbst und auch die nächsten Angehörigen und Freunde zu sättigen, kaum ein großes Unrecht erblicken. Die Ueberspannung behördlicher Allmacht wird immer zu Rückschlägen führen und löste jene einmütige Stimmung des flachen Landes gegen die Fortführung der Zwangswirtschaft nach Beendigung des Krieges aus.

Es ist ein Segen für alle Teile der Bevölkerung gewesen, daß Minister Hermes die Unmöglichkeit, gegen das Empfinden der gesamten Landbevölkerung die Zwangswirtschaft fortzuführen, erkannt und danach gehandelt hat. Trotz erheblicher Widerstände wurden die unerträglichsten und lästigsten Formen der Zwangswirtschaft beseitigt. Es wurden frei die Viehwirtschaft, an der auch die Kleinsten der Kleinen auf dem flachen Lande interessiert sind, und die Kartoffelwirtschaft, die zu jener Ueberlastung der Bahnen durch Schleichhandel mit diesem voluminösen Produkt führte, dessen Herbeischaffung vielen Konsumenten zur Mühe, ja die Gesundheit gekostet hat.

Die Befürchtung, daß die Viehbestände bei freier Wirtschaft verschwinden würden, hat sich als gänzlich unbegründet herausgestellt; sie haben sich im Gegenteil fortgesetzt in erfreulicher Weise vermehrt. Die Kartoffelpreise sind allerdings übermäßig in die Höhe gegangen, ob auch gegenüber dem Verlust an Arbeitszeit, dem Ausfall an Lohn, den Schädigungen der Gesundheit des auf dem Schleichhandel angewiesenen Konsumenten, bleibt zweifelhaft; sicher aber ist, daß ihre Qualität unendlich besser wurde, weil eine sachverständige Behandlung einsetzte.

So war der Boden bereitet für die Beseitigung der Zwangswirtschaft beim Getreide. Nur mit 15 Stimmen Mehrheit hat sich der Reichstag für die Auffassung des Ministers entschieden, der von der freien Wirtschaft eine Verdreifachung des Brotpreises befürchtete und die daraus entstehenden Gefahren höher wertete, als die Förderung der Produktion, die der starken Minderheit bedeutsamer erschien. Aber auch diejenigen, die, wie der Verfasser der freien Wirtschaft den Vorzug gaben, werden nicht verkennen, daß die Umlage gegenüber der bisherigen Form der Zwangswirtschaft einen bedeutenden Fortschritt bedeutet. Die ganzen Kontrollen und Schikanen der Produzenten, aber auch der Mühlen fallen weg, es bleibt lediglich die private Haftung dessen, der nicht liefert, bestehen. Die Umlage ist 2,5 Millionen Tonnen gegenüber 3,5, die von der schlechten Ernte des Vorjahres erfaßt wurden. Die kleinen Betriebe von 10—15 Morgen landwirtschaftlicher Fläche sind völlig frei von der Zwangswirtschaft, damit die große Mehrheit der landwirtschaftlichen Betriebe. Die übrigen sollen belastet werden in gestaffelter Form, die Großbetriebe stärker, die mittleren in geringerem Maße; das entspricht der Gerechtigkeit, der Stärke der Besetzung mit Menschen und Vieh.

Klar und deutlich hat der Reichstag in einer Entschließung zum Ausdruck gebracht, daß das die Uebergangsform sein soll zur freien Wirtschaft, und der Minister hat den gleichen Standpunkt vertreten. Es ist kein Zweifel, daß die Landwirtschaft nunmehr auch ihrerseits bemüht sein wird und bemüht sein muß, die Umlage restlos zu erfüllen.

Die neue oberschlesische Krisis.

Rücktritt des Kanzler?

Nach der „Chicago Tribune" hat der Reichskanzler Wirth vor einigen Tagen den englischen Botschafter d'Abernon aufgesucht und ihm erklärt, daß, wenn die Lösung der oberschlesischen Frage für Deutschland nicht günstig ausfalle und wenn die Sanktionen im Rheinlande beibehalten würden, er die Lage als zu schwierig ansehe, um an der Spitze der deutschen Regierung zu bleiben.

Unser vorläufiger Einspruch.

Der deutsche Außenminister Rosen hat bei der gestern mitgeteilten Unterredung mit dem französischen Botschafter Laurent betr. radikale Entwaffnung des Deutschtums in Oberschlesien sofort mit Nachdruck darauf aufmerksam gemacht, daß schon seit Wochen — und namentlich seit der sogenannten Säuberungsaktion — ähnliche und noch viel schärfere Klagen täglich und stündlich von deutscher Seite aus Oberschlesien erhoben werden. Dr. Rosen hat den französischen Botschafter auch daran erinnert, daß er schon vor Beginn der Säuberungsaktion Zweifel des deutschen Kabinetts an ihrer Wirksamkeit unzweideutig zum Ausdruck gebracht habe und dessen Ueberzeugung ausgesprochen hat, daß die

Aufrührer nur äußerlich entwaffnet,

in Wirklichkeit aber im Lande verbleiben und dort ihre terroristische Tätigkeit weiter ausüben würden. Am 7. Juli hat der Minister des Aeußern ferner dem französischen Botschafter durch die Kattowitzer Großindustriellen Mitteilung machen lassen, aus der die Richtigkeit dieser Voraussage bestätigt wurde. Durch die Amnestie, die sogar Herrn Korfanty den Verbleib in Oberschlesien ermögliche, sei hierzu jede gewünschte Erleichterung geboten worden.

Nach diesen vorläufigen Erwiderungen behielt sich der Minister des Aeußern die endgültige Stellungnahme der deutschen Regierung auf Grund eingehender Prüfung aller in der Eröffnung des französischen Botschafters enthaltenen Punkte vor.

Kabinettberatung in Berlin.

Bereits am Samstag nachmittag hat sich das Kabinett im Rahmen einer für die Erledigung laufender Fragen vorgesehenen Sitzung mit der neuen Oberschlesien-Note der französischen Regierung beschäftigt. Angesichts der Schlage konnten endgültige Beschlüsse über eine Beantwortung dieses Dokuments noch nicht gefaßt werden. Wie auch schon Minister Dr. Rosen in seiner vorläufigen Erwiderung an den französischen Botschafter hervorhob, müssen zunächst die Angaben der Note überprüft werden.

•

Lerondo Ortspolizei.

Im Kattowitz sic! die Liste der zur Ortspolizei zu bestellenden Bürger in deutsche Hand. Insgesamt waren 150 Personen genannt, darunter 99 Banditen, gesuchte Zuchthäusler und eine große Anzahl Kongreßpolen (also Ausländer). In Bogutschütz besteht diese neue Polizei nur aus Banditen, die Dienstgewehre tragen.

Neues Programm der Allsozialisten.

Der „Vorwärts" veröffentlicht den Entwurf eines neuen Programms der SPD., der dem Parteitag in Görlitz im September zur Beschlußfassung unterbreitet werden soll. Das Programm gibt einleitend eine Darstellung des Zieles der Partei: Ueberwindung des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Unerläßlich hierzu, sagt es weiter, sei die entschiedenste

Förderung des Genossenschaftswesens

sowie der wirtschaftlichen u. politischen Widerstands-Organisationen der Klasse des arbeitenden Volkes, ferner die Festigung der deutschen Republik.

Demokratisierung aller staatlichen Einrichtungen,

entschlossener Widerstand gegen jeden Versuch zur Wiederaufrichtung des alten Obrigkeitsstaates oder einer neuen Minderheitsherrschaft. Im Interesse aller Kulturvölker sei eine

Revision des Gewaltfriedens von Versailles

im Sinne wirtschaftlicher Erleichterung und nationaler Selbstbestimmung geboten. Die Lebensrechte unseres Volkes wie die aller anderen Völker seien zu schützen durch eine internationale Rechtsordnung, die getragen sei von einem alle Völker als gleichberechtigt umspannenden wirklichen Völkerbund. Ihr zur Seite aber müssen gehen internationale Verbindungen und

Internationale Aktionen der werktätigen Bevölkerung

aller Länder, vor allem der politisch und wirtschaftlich organisierten Arbeiter. Von diesen grundsätzlichen Anschauungen ausgehend, werden unter den Ueberschriften: Wirtschaftspolitische Forderungen, Agrarfragen, Finanzen, Verfassung und Verwaltung, Kommunalpolitik, Sozialpolitik, Gesundheitspflege, Wohnungswesen, Rechtspflege, Kulturpolitik, Völkerbeziehungen und Internationale die Forderungen des Programms im Einzelnen dargestellt.

Um Leipzig.

Auslieferung der Kriegsbeschuldigten?

Die gestern über Bern von uns mitgeteilte Pariser Meldung, wonach der gallische Uebermut unserem Reichsgericht die Anerkennung abspricht und sich eine Aburteilung der von ihm konstruierten Fälle durch welsche Blutrichter vorbehält, ist von Berlin aus noch nicht bestätigt worden. Ihre Wahrscheinlichkeit ist leider nach allem, was wir von Paris aus bisher erlebt haben, durchaus gegeben. Auch auf die angedrohte Zumutung, deutsche Soldaten, die nur ihre vaterländische Pflicht erfüllt haben, einer feindlichen Rache auszuliefern zu sollen, müssen wir uns gefaßt machen. Schon einmal hat Deutschland durch einmütigen Volksprotest ein solches Beginnen abwenden können. Das gelingt aber nur, wenn die Regierung in Paris mit ihren Ansprüchen isoliert bleibt. Findet sie bei den angelsächsischen Siegern Beistand, dann wird uns alles entrüstete Aufbäumen gegen eine solche Verhöhnung des Weltgewissens nichts heisen. Dann werden die feindlichen Drahtzieher der öffentlichen Meinung allen klegreichen und neutralen Völkern schon klar machen, daß in Leipzig notorische Mörder begünstigt werden.

Hier muß die

französische Sittlichkeit und Gerechtigkeit

Wandel schaffen, von deren Höhe u. a. folgende Fälle zeugen:

Bei Ausbruch des Krieges wurde eine französischer Chemiker namens Barbier, der in München studiert und eine Münchnerin zur Frau genommen hatte, von einem französischen Gerichtshof freigesprochen, als er seine aus Deutschland stammende Frau in einer patriotischen Aufwallung getötet hatte, nachdem er mit ihr in nationale Auseinandersetzungen geraten war. Die öffentliche Meinung Frankreichs hat damals diesem Freispruch zugestimmt. Und wie war es mit jener zweiten Jungfrau von Orleans, deren Heldentat darin bestand, daß sie in patriotischem Sadismus wehrlose deutsche Gefangene in der grausamsten Weise niederschoß? Für sie gab es keine Richter in Frankreich, wohl aber das Kreuz der Ehrenlegion.

Die englische Presse zum Leipziger Urteil.

Nachdem die englischen Blätter während der Leipziger Verhandlungen Zurückhaltung geübt und auf Wunsch des Generalstaatsanwalts dem Gang der Verhandlungen nicht gestört haben, liegen jetzt die ersten Stimmen zu dem am Sonnabend gefällten Urteil gegen die beiden U-Boot-Offiziere Boldt und Dittmar vor. „Daily Chronicle" erkennt die Unparteilichkeit der Beweisaufnahme an. Auch die Tatsache der Verurteilung zu 4 Jahren Gefängnis sei bedeutungsvoll, wenn auch das Urteil leichter ausgefallen sei, als man erwartet habe. Sogar „Daily Mail", die das Urteil als angemessen bezeichnet, bemerkt mit Genugtuung, daß den Angeklagten nicht die Entschuldigung zugebilligt worden sei, sie hätten auf höh. Befehl gehandelt. „Morningpost" bringt einen Bericht ihres Leipziger Korrespondenten, in dem anerkannt wird, daß der Präsident und der Staatsanwalt ihr möglichstes getan haben, um eine antibritische Propaganda bei der Zeugenaussage zu unterdrücken.

Die gefälschte saarländische Adresse.

Ein französisches Geständnis.

Das Berliner Tageblatt gibt folgende aufsehenerregende Darstellung der Vorgänge, die seinerzeit die Entscheidung über das Saargebiet herbeigeführt haben:

„Es ist bis heute niemals ganz bekannt geworden, auf welche Weise jene Entscheidung des Obersten Rates zustande gekommen war, die das Saargebiet der Verwaltung des Völkerbundsrates unterstellte und so dem Machteinfluß Frankreichs preisgab. Großes Aufsehen erregten im vorigen Jahre die hierauf bezüglichen Veröffentlichungen Tardieus in der „Illustration", die aber in wichtigen Punkten unvollständig waren. Von besonderem Interesse sind daher die Mitteilungen, die jetzt ein früherer preußischer Beamter, der zurzeit einen höheren Posten in einem saarländischen Regierungsamt bekleidet, über die einzigartige Vorgeschichte dieser Dinge zu machen weiß. Seine Mitteilungen gehen auf Informationen zurück, die unvorsichtigerweise der gutunterrichtete Leiter der französischen Propaganda im Saargebiet, Major Richert, einem engen Zirkel von Vertrauenspersonen kürzlich gegeben hat. Nach den Angaben Richerts, die die Darstellung Tardieus im allgemeinen bestätigen, setzte Wilson den französischen Forderungen lange Zeit hartnäckigen Widerstand entgegen. Ein Umschwung wurde erst durch einen politischen Trick herbeigeführt. Eine Adresse, die

angeblich 150 000 saarländische Unterschriften

trug und die Angliederung des Saargebietes an Frankreich forderte, schuf die moralische Grundlage, durch die der Präsident Wilson sich überzeugen ließ, daß die französischen Wünsche einem gerechten Anspruch entsprangen. Die Adresse war aber — das gibt Major Richert jetzt offen zu — eine glatte Fälschung. Durch einen Schwindiertrick wurde also das Schicksal von 600 000 Menschen gegen ihren Willen entschieden. Betrug und Arglist haben es zuwege gebracht, daß mitten im Herzen Europas ein ganzes Volk der politischen Freiheit beraubt und

für 15 lange Jahre allen Härten der Fremdherrschaft ausgeliefert

wurde. Dabei ist die Täuschung, durch die so Ungeheuerliches bewirkt werden konnte, von einer so naiven Plumpheit, daß sie auch von politisch ungeschulten Schiedsrichtern hätte bemerkt werden müssen. Der Oberste Rat glaubte oder wollte einem Dokument glauben, das jedes Kind im Saargebiet als Fälschung entlarvt hätte. Denn daß eine Adresse, die angeblich von jedem vierten Saarländer unterschrieben war, im Saargebiet erst durch die Veröffentlichungen der Pariser Presse bekannt wurde, beweist doch einen auffälligen Grad von Vergeßlichkeit der 150 000 Unterzeichner.

Wo sind diese 150 000 saarländischen Franzosen zu finden, die angeblich so sehnsüchtig über die Westgrenze des Saargebiets hinüberschielen? Nie hat es im Saargebiet, dessen Bevölkerung rein deutsch ist, ein bodenständiges Franzosentum gegeben. Die Zahl der dauernd im Saargebiet ansässigen Franzosen war stets nur gering. Sie dürfte mit 150 richtiger als mit 150 000 angegeben sein. Ein Gutachten, das in der französischen Kammer am 19. April 1921 verlesen wurde, und auf Grund dessen das Gesetz über die Errichtung eines Bergamtes im Saargebiet zustande kam, begründet die auch politischen Aufgaben dieses Bergamts mit dem Hinweis auf die „französisch gesinnte Bevölkerung", der erfüllt werden müsse. Nun existiert aber diese „französisch gesinnte Bevölkerung" ausschließlich in jener Adresse mit ihren 150 000 Unterschriften. Und wir müssen Herrn Richert dankbar sein, daß er uns jetzt über die Entstehung dieser Adresse authentische Auskunft gegeben hat."

Ausland.

Frankreich.

Kalte Schulter nach London.

Die englische Regierung hat dem Quai d'Orsay zwei Noten übersandt, eine mit der Mitteilung vom Abbruch der zwischen General Harrington und Kemal Pascha geführten Verhandlungen, in der anderen drückt die britische Regierung den Wunsch aus, über die von Frankreich mit der kemalistischen Abordnung geführten Verhandlungen auf dem Laufenden gehalten zu werden. In einem Kommentar sagt der „Temps" hierzu, daß Frankreich gewisse Sonderinteressen in der Türkei zu wahren habe. Frankreich rede nicht in die Politik hinein, die Harrington verfolge, also könne auch England nichts gegen die Verhandlungen Briands mit Bekir Sami einwenden.

Serbien.

Französische Stiftung für eine Kriegesflotte.

In Belgrad erfolgte eine Schenkung des französischen Panzerschiffes „Dedette" an die Regierung Südslawiens. Das Schiff soll den Namen „Alexander" erhalten und den Grundstein einer neuen südslawischen Flotte bilden. Der italienische „Messaggero" erblickt hierin einen peinlichen Akt Frankreichs, das ganz offen darauf hinziele, Südslawien zu einem gefährlichen Konkurrenten Italiens in der Adria zu machen. Das geschenkte Panzerschiff sei eine Offenstwaffe. „Giornale d'Italia" bezeichnet die Schiffsschenkung, falls sie tatsächlich erfolgt sei, als ungeheuerlich und als einen feindlichen Akt.

Rußland.

Mobilmachung.

Pariser meldet aus Helsingfors, es liefen wiederholt zuverlässige Nachrichten ein, daß die Sowjetregierung eine allgemeine Mobilmachung anordnete. Man nehme an, daß die Maßnahme entweder gegen Estland, Lettland und Litauen gerichtet oder zur Unterstützung der Kemalisten gegen die Griechen bestimmt ist.

Prägung von Silbergeld.

Wie die Petersburger Blätter melden, schreiten die Vorarbeiten auf dem Petersburger Münzhof erfolgreich fort. Die im April aufgenommenen Arbeiten sollen so fortgeführt werden, daß der Münzhof im September täglich 600 000 Münzen verschiedenen Wertes prägen kann. Bis Januar 1922 sollen 250 000 Millionen fertig sein. Doch ist die Fabrik jetzt schon imstande, täglich etwa 60 000 herzustellen. Es sollen Rubelmünzen und Scheidemünzen geprägt werden. Die Prägestöcke für den Rubel sind schon fertig. Er wird in Gewicht und Form und Güte des Metalles ganz dem alten Rubel entsprechen, nur ein anderes Muster tragen: nämlich das Wappen der Sowjetrepublik und die Aufschrift: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!" auf der anderen Seite die Aufschrift „Ein Rubel" und die sonstigen Angaben über Prägungsjahr, Gewicht usw. Rubel und Halbrubel werden aus vollwertigem Metall, die kleinen Münzen, wie auch früher, aus Legierungen bestehen. — Glückliches Rußland!

Aus Stadt und Land.

Gevelsberg, 19. Juli.

Die Regelung der Brotversorgung.

Ab 16 August auch markenfreies Brot. – Erhöhung des Preises für Kartenbrot um etwa 40 Prozent.

Aus dem Reichs-Ernährungsministerium wird mitgeteilt:

Es ist zutreffend, daß ab 16. August neben dem rationierten, auf Brotmarken abgegebenen Brot, auch markenfreies Brot von der Bevölkerung bezogen werden kann. Es ist weiter zutreffend, daß das rationierte Brot eine Preiserhöhung erfahren wird, weil das Reich bei seiner finanziellen Notlage nicht weiter in der Lage ist, die zur Niedrighaltung der Brotpreise bisher verwandten Reichsmittel in gleicher Höhe zur Verfügung zu stellen. Die Erhöhung des Brotpreises für Kartenbrot wird etwa 40 Prozent des derzeitigen Preises betragen. Das bedeutet einen Verkaufspreis für 1900 Gramm Brot von etwa sieben Mark. Die Schätzungen über den künftigen Preis des aus freiem Mehl hergestellten markenfreien Brotes entbehren jeder sicheren Grundlage. Es ist aber kein Anlaß zu der Annahme vorhanden, daß dieses Brot 12 oder gar 14 Mark kosten wird. Selbst, wenn es aus Auslandsmehl hergestellt würde, könnte es bei dem heutigen Weltmarktpreise für Getreide und dem derzeitigen Valuta-Stand der Mark für einen

geringeren Preis als 12 Mark

abgegeben werden. Die Kosten für freies Inlandsgetreide, woraus erstlinig derartiges markenfreies Brot hergestellt werden wird, werden voraussichtlich noch niedriger als für das Auslandsgetreide sein. Es darf schon mit Rücksicht auf die ab 16. August einsetzende freie Konkurrenz erwartet werden, daß der Preis für markenfreies Brot nicht ungebührlich gesteigert werden wird. Im übrigen ist von der Reichsgetreidestelle nicht beabsichtigt, Preise für freies Mehl oder das daraus gebackene Brot festzusetzen. Es würde ihr hierfür auch die gesetzliche Zuständigkeit fehlen.

•

— **Der neue Stadtarzt** Dr. Hofmann ist gestern hier eingetroffen und hat sein Amt angetreten.

— **Silber-Hochzeit.** Die Eheleute Kaufmann Fritz Kaltbäfer und Frau, geb. Bamberger, Elberfelder Straße, feierten gestern das Fest der Silbernen Hochzeit. Dem Jubelpaare auch unsere Glückwünsche.

— Der 3. Ausweg ist nun seinem Ende nahe. Der Sonntag nicht gerade. Trotz des überwiegend trüben (aber trockenen) Wetters, das von fernem Donner bedroht erschien, herrschte ein gedrängter Vollbetrieb die lange Marktstraße auf und ab. Die Zahl der fliegenden Händler, Aussteller, Musikanten und Almosen-Empfänger hatte erheblich zugenommen. Es war ein fröhliches Treiben, an dem alle Schichten der Einwohnerschaft in weitem Umkreis teilnahmen. Störungen oder sonstige polizeiwidrige Zwischenfälle ernster Art haben sich nicht zugetragen. Mit dem geschäftlichen Ergebnis dürften alle Beteiligten, nicht zuletzt die von der Glücksgöttin begünstigten, wohl zufrieden sein. Heute abend (genauer: morgen früh) wird der lustige Trubel zu Ende sein.

— **Kinderhilfe Gevelsberg.** Nach den eingegangenen Listen sind rund 53 000 Mark gezeichnet worden. Es fehlen noch die Listen von Kath. Schule 1, Hilfschule und Friedrichschule, die trotz Mahnung des Kassierers bisher nicht abgeliefert wurden.

— **Gefunden** wurden ein Blusenfuch, ein Band, eine Kindermütze und ein Regenschirm. Die Sachen sind im Polizeiamt abzuholen.

— **Eine Revision der Erwerbslosen-Abteilung** fand Ende voriger Woche im hiesigen Rathaus durch den Reichskontrolleur für die Erwerbslosenfürsorge Rapp aus dem Reichsarbeitsministerium statt.

— **Die Sommerferien** dauern für die Schulen des Amtsbezirks Haßlinghausen vom 6. August bis 3. September, des Amtsbezirks Voerde ausschl. Rektoratschule vom 6. August bis 3. September, der Gemeinde Mühlinghausen vom 6. August bis 3. September, Becke und Ragenbecke vom 6. August bis 27. August, Strückerberg, Scharpenberg, Stucken, Hilkringhausen, Rüggeberg und Vorwerk vom 6. August bis 20. August.

— **Ermäßigung der Fahrpreise für Zeitkarten.** Um während der Dauer der gegenwärtig besonders ungünstigen Lage des Arbeitsmarktes denjenigen Reisenden eine Erleichterung zu verschaffen, die die Eisenbahn täglich zwischen Wohnort und Arbeitsort benutzen müssen und deshalb von der am 1. Juni eingetretenen Tariferhöhung besonders betroffen werden, sollen die Preise der Zeitkarten (Monatskarten, Schülermonatskarten, Wochenkarten) vom 1. September d. Js. ab wesentlich ermäßigt werden. Diese Ermäßigung ist als eine Notstandsmaßregel gedacht. Der Notstandstarif für Monatskarten wird unter Beibehaltung der jetzigen kilometrischen Berechnung auf der Grundlage von 16 statt bisher 20 Einzelfahrkarten gebildet. Die Fahrpreise für Wochenkarten 4. Klasse ermäßigen sich von ⅓ auf ¼ des Monatskartenpreises. Als Mindestsätze werden die Fahrpreise für 6 Kilometer erhoben.

— **Zur Frage des Lohnabbaues in Gevelsberg.** Zu dem vom Märkischen Arbeitgeberverband den Gewerkschaften angebotenen Lohnabbau haben auch die Vertrauensleute des Christlichen Metallarbeiterverbandes in einer am vorigen Samstag bei Schilken abgehaltenen Versammlung nach einem Bericht ihres Verbandssekretärs, des Gewerkschaftssekretärs Kaberei, eingehend Stellung genommen und sind einmütig zu der Auffassung gelangt, daß trotz Berücksichtigung aller in Betracht kommenden Umstände ein Lohnabbau zurzeit noch undurchführbar ist. Das Ergebnis der lebhaften Besprechung fand in folgender Entschließung seinen Ausdruck: „Die Versammlung hat von der Absicht, die Löhne abzubauen, mit Entrüstung Kenntnis genommen. Die Versammlung ist der Auffassung, daß eine solche Maßnahme im gegenwärtigen Zeitpunkt eine gradezu unerträgliche Herabminderung der Lebenshaltung des Einzelnen sowohl als auch der Gesamtheit bedeutet. Empfindlicher wirkt diese beabsichtigte „Regulierung" besonders dadurch, daß im Hagen-Schwelmer Gebiet seit mehr als neun Monaten der größte Teil der Arbeiterschaft unter erheblicher Kurzarbeit gelitten hat und noch vielerlei Lohneinbußen von beträchtlicher Höhe haben wird. Dazu kommt noch, daß die Preise für die Kohle als dem 1. Juli eine weitere Steigerung erfahren haben, die wiederum automatisch eine Verteuerung aller anderen Lebensgegenstände und Gebrauchsgüter nach sich ziehen werden. Daß die hinter uns liegende Zeit (fast ein Jahr) eine Möglichkeit zur wirtschaftlichen Erholung der Arbeiterschaft nicht geboten hat, werden selbst die Arbeitgeber einsehen müssen. Diese gaben seinerzeit die Zusicherung, daß ein Lohnabbau erst dann eintreten solle, wenn sich die Arbeiterschaft wirtschaftlich wieder etwas erholt hätte. Daß hieran nicht zu denken war, wird jeder Einsichtige zugeben. Erinnert sei nur daran, daß eine wesentliche Erhöhung der Getreidepreise bevorsteht und eine merkliche Anziehung aller übrigen Preise der Lebenshaltung festzustellen ist. In Anbetracht der geschilderten Tatsachen ist vielmehr eine Lohnerhöhung begründet. Die Gewerkschaftsvertreter werden daher beauftragt, die Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband in diesem Sinne zu führen."

— **Die Narrenbühne im Abteil.** In den Personenwagen hat das Besudeln der Abteilwände mit schmutzigen Anschriften und Zeichnungen wieder einen Umfang angenommen, der das Schamgefühl der anständigen Fahrgäste auf das höchste verletzen und insbesondere auf die jugendlichen Reisenden verderbend einwirken muß. Die Zugbegleitmannschaften sind angewiesen, vor Uebernahme eines Wagenzuges jedesmal auf das Vorkommen von unflätigen Anschriften und Zeichnungen zu achten, solche nach Möglichkeit sofort zu beseitigen oder wenigstens unkenntlich zu machen, oder in dem Bemängelungszettel auf sie hinzuweisen. Sie müssen ferner jeden Reisenden zur Namensfeststellung vorführen, den sie etwa während der Fahrt bei der Besudelung der Wagenwände antreffen.

— **Postüberwachungsstellen.** Die Post hat mit der Postüberwachung nichts zu tun. Die Postüberwachungsstellen sind Organe der Reichsfinanzverwaltung und unterstehen dem Reichsfinanzministerium.

— **Postverkehr mit Oberschlesien.** Nach Orten des bisherigen Aufstandsgebiets in Oberschlesien sind Postsendungen aller Art wieder zugelassen. Die Wertgrenze für Briefe und Pakete wird jedoch auf eintausend Mark beschränkt, weil die Verkehrssicherheit noch nicht völlig wiederhergestellt ist.

— **Das 5-Kilo-Paket.** Bei den Postanstalten im besetzten rheinischen Gebiet gehen täglich zahlreiche einfuhrbewilligungspflichtige Pakete über 5 Kilo ein, deren der Absender keine Einfuhrbewilligung beigefügt hat in der mißverständlichen Annahme, daß der Empfänger sie zu beschaffen und vorzulegen habe. Wenn es auch genügt, daß die Einfuhrbewilligung von dem Empfänger bei der Verzollung des Paketes vorgelegt wird, so ist doch Voraussetzung für dieses Verfahren, daß der Empfänger sich schon vor der Absendung des Paketes die Einfuhrbewilligung beschafft hat, damit er sie sogleich nach dem Eingang des Paketes bei der Verzollung vorlegen kann. Dagegen ist es nicht angängig, erst nach dem Eintreffen des Paketes am Bestimmungsorte die erforderliche Einfuhrbewilligung zu beantragen, weil hierdurch eine Anhäufung von Paketen entsteht, die nicht ausgehändigt werden können. Ferner besteht die Gefahr, daß die Pakete im Falle der Verweigerung der Einfuhrbewilligung entweder dem Verfall unterliegen oder zurückgesandt werden müssen. Um diesen Uebelständen abzuhelfen, hat künftig der Absender bei Paketen über 5 Kilo nach dem besetzten rheinischen Gebiet, sofern er eine Einfuhrbewilligung nicht selbst beibringt, auf dem Stammteil der Paketkarte zu vermerken „Einfuhrbewilligung beim Empfänger" oder „Einfuhrbewilligung frei". Es ist Sache des Absenders, sich hierüber vorher Gewißheit zu verschaffen. Mit Rücksicht auf die entstandenen Unzuträglichkeiten sind die Postanstalten angewiesen worden, die Annahme von Paketen, die den vorstehenden Bestimmungen nicht entsprechen, künftig abzulehnen. Es wird empfohlen, nach dem besetzten rheinischen Gebiet möglichst nur Pakete bis 5 Kilo zu versenden, da diese, vom bestimmten Ausnahmen abgesehen, einfuhrbewilligungsfrei sind. Schwerere Sendungen wären daher nachdrücklich zu verlegen.

— **Portoerhöhung für Auslandspakete.** Im Auslandspaketverkehr sind seit dem 20. März 1921 die Gewicht- und Versicherungsgebühren nach dem Verhältnis von 1 Franken = 10 Mk. erhoben worden. Entsprechend der inzwischen veränderten Bewertung der deutschen Mark und infolge der bedeutenden Erhöhung der an das Ausland zu vergütenden Beförderungsgebühren sieht sich die Postverwaltung zur Verhütung von empfindlichen wirtschaftlichen Schädigungen gezwungen, vom 1. August d. J. an die vorbezeichneten Gebühren nach dem Verhältnis 1 Fr. = 12 Mk. zu erheben. Ueber die Einzelheiten geben die Postanstalten Auskunft.

— **Volksschullehrer keine Studienassessoren.** Nach einer Verfügung des preußischen Kultusministers können Volksschullehrer, die zwar die Anstellungsfähigkeit für das höhere Schulwesen erworben haben, aber im Volksschuldienst verbleiben, nicht in die Liste der Studienassessoren aufgenommen werden, und demzufolge sich auch nicht Studienassessoren nennen. Die Maßnahme erklärt sich daraus, daß diese Volksschullehrer sich nicht dem Provinzialschulkollegium zur Verfügung halten können. Sie beziehen aber auch ihr Gehalt als Volksschullehrer weiter, und würden, wenn sie in die Liste der Studienassessoren aufgenommen werden würden, diesen, deren Notlage bekannt ist, auf das Empfindlichste im Wege stehen.

— **Reichslustbarkeitssteuer.** Durch Reichsgesetzblatt wird jetzt eine Besteuerungsverordnung auf öffentliche Vergnügungsanstalten bekanntgegeben. Die Verordnung soll am 15. September in Kraft treten, um somit alle Darbietungen zu erfassen, die etwa noch der Spätsommer bringt. Ausgenommen werden nur Leierkästen und gelegentliche „Hof- und Straßenkonzerte". Eine besonders hohe Einnahme verspricht man sich von der Erfassung von Tanzveranstaltungen und vom Totalisator. Wohltätigkeitsveranstaltungen sollen nämlich nur dann steuerfrei sein, wenn sich kein Tanz anschließt. Der Steuersatz richtet sich nach dem Aufdruckpreis, und zwar beträgt er bei Karten bis 3 Mark 10 Prozent, von 3 bis 5 Mark 15 Prozent, bis 10 Mark 20 Prozent und darüber hinaus ein Viertel des Preisaufdrucks.

Aus eigener Kraft.

Originalroman von H. Abt.

(Copyright 1915 Greiner u. Comp., Berlin.)

16) (Nachdruck verboten.)

Und abgeschmackt erschien's ihm plötzlich am Abend, wie er da in Gesellschaft der „Alten Mamsell" in seiner Bude hockte. Er sprang schnell auf, nahm seinen Stock und Hut und betrat am Alleenberplatz ein großes Konzertlokal, wo er nicht zu befürchten brauchte, Bekannten zu begegnen. Ein paar Konfektionenen gegenüber nahm er Platz, begann weidlich zu kokettieren, trank ein Glas Münchener über das andere, rauchte wie ein Schornstein dazu, trakterte die nicht spröden Schönen mit allerhand Süßigkeiten, kehrte gegen Morgen mit schwerem Kopf und dem Bewußtsein, in sein wohlberechnetes Monatsbudget ein fatales Loch gerissen zu haben, in sein möbliertes Heim zurück, verschlief die Zeit und erschien mit zwanzig Minuten Verspätung im Kontor von Heinrich Brömmelmann.

Stumm, mit schicksalsschwerer Hand deutete Herr Körte auf das Zifferblatt der Uhr. Achselzuckend ließ sich der schöne Rudi an seinem Pult nieder. Es gab Rechnungen zu sichten und allerhand Additionen zu machen, und mürrisch, den brummenden Kopf in die Linke stützend, ging er an seine Arbeit.

„Bitte, Herr Müllenhof, wollen Sie mir die ausgefertigten Listen zum Kopieren geben", sagte im Laufe des Vormittags Fräulein Eilert, und wortlos reichte er ihr das Betreffende zu. Er hatte ein nachtragendes Gefühl gegen sie, als hätte sie an seinem Kater die eigentliche Schuld.

Die Mittagspause kam, und er dachte nicht daran, noch einmal irgendwelche Annäherungsversuche bei ihr zu machen, obwohl die Gelegenheit dafür sich günstig zeigte. Die anderen waren bereits gegangen, nur Fräulein Eilert saß wie gewöhnlich noch an ihrem Platze, als auch er, der eine begonnene Zahlenkolonne erst noch vollends hecumergerechnet, mit einem kurzen „Mahlzeit" gleichfalls zur Tür hinüber wollte. Da hielt ihn ein: „Ach bitte, noch einen Augenblick, Herr Müllenhof", zurück, und ohne besondere Beflissenheit trat er an Käthe Eilerts Pult heran.

Dort lag, was sie von seinem heutigen Tagewerk kopiert, und auf eine der von ihm ausgefertigten Berechnungen deutend, sagte sie liebenswürdigen Tones:

„Hier ist Ihnen ein kleiner Irrtum unterlaufen, den Sie vielleicht mit eigener Hand korrigieren."

„Irrtum? Sie meinen, ich hätte mich verrechnet?" fragte er beinahe grob.

„Jawohl, das meine ich", lächelte sie. „Irren ist ja menschlich, aber wenn's im Hauptbuch eingetragen würde, wär's doch unangenehm."

Noch während sie sprach, hatte er das bezeichnete Blatt hoch gerissen, überflog es, erkannte, daß der „kleine Irrtum" ein grober Schnitzer war und warf das Blatt wieder auf den Tisch zurück.

„Allerdings, da ist ein Verschreiben. Und das haben Sie beim Kopieren gleich herausgekriegt?"

„Ich hab's beinahe unbewußt an der Gewohnheit, die Posten nochmals nachzurechnen."

„Also so 'ne Art Oberkontrolleur und Geheimdetektiv — da sind Sie ja allerdings für Herrn Brömmelmann eine unschätzbare Kraft."

Sie schien das Beißende in seinen Worten nicht zu empfinden und sagte ruhig:

„Wenn man länger in einem Geschäft angestellt ist, so beginnt man sich ganz von selber mit den Interessen der Firma solidarisch zu fühlen."

„Aha, darum also opfern Sie auch dem Geschäftsinteresse so viel von Ihrer Mittagspause, denn ich hab's schon mehrfach konstatiert, daß Sie hier beim Fortgehen stets die letzte und beim Wiederkommen die erste sind", sagte er mit dem gleichen, bissig schnöden Ton.

„Ich gehe über Mittag überhaupt nicht fort, hab' mir's von Herrn Brömmelmann erbeten, daß ich hierbleiben darf. Aber Sie sollten sich jetzt nicht länger versäumen."

„Nee. Besten Dank! Mahlzeit. Mahlzeit!"

Ehe war zum Kontor hinaus. Die arrogante Pute hatte ihn verabschiedet — reinweg hinausgeworfen.

Nein, nur korrekt hatte sie sich benommen, tadellos korrekt. Er aber war ein Flegel gewesen.

Kaum ein Dutzend Schritte hatte er gemacht, da kam ihm das so überzeugend zum Bewußtsein, daß er am liebsten gleich auf der Stelle umgekehrt wäre, und sich für seine Flegelei entschuldigt hätte. Das tat er zwar nicht, sondern begab sich zunächst zu seinem Mittagessen, aber sobald das erledigt war, eilte er in das Geschäft zurück.

Wieder hörte er schon von draußen die Schreibmaschine klappern. Trieb sie das Geschäftsinteresse so weit, daß sie sich überhaupt keine Pausen gönnte? Oder machte sie vielleicht Ueberstunden?

Sie saß ganz in ihre Arbeit vertieft und wandte erst zu flüchtigem Aufblick den Kopf herum, als er schon halbwegs vor ihr stand. Es zuckte über ihr Gesicht, da war er vollends zu ihr hingeeilt und hatte eine schöne langgestielte Rose ihr auf die Schreibmaschine gelegt.

Dann stand er da, den Kopf demütig geneigt, die Augen flehend zu ihr erhoben, die Hände beiteind gefaltet und ja so bildhübsch, so liebenswürdig und gewinnend aus, daß der unmutige Schatten, der über des Mädchens Stirn gehuscht, dahinschwand und einem leisen Lächeln Platz machte, während sie kopfschüttelnd fragte:

„Aber Herr Müllenhof, was soll das heißen?"

„Das soll durch die Blume heißen, daß ich mich zum Dank dafür, daß Sie mir einen Rüffel erparten, ganz unqualifizierbar benommen habe. Aber ich will's auch ganz gewiß nicht wieder tun."

Jetzt glich er einem kleinen dummen Jungen, der sie treuherzig und doch voller Durchtriebenheit ansah. Käthe Eilert lachte, nahm die Rose und roch daran.

„Brav von Ihnen. Aber der gute Vorsatz hätte wir auch genügt, die Baraus lagen hätten Sie sich sparen können."

Er nickte schwer.

„Ja, auf meine vier Zehntel Schöneberger Schloßbräu hab' ich heut mittag verzichten müssen. Aber der Mensch muß auch mal ein Opfer bringen können."

„Das muß er", bestätigte sie. „Doch Ihre Mittagspause brauchten Sie nicht auch zu opfern. Es ist erst fünf Minuten nach ein."

„O bitte, das ist kein Opfer, das ist eine Belohnung, die ich mir zudiktiere", gab er keck zurück und sah die Kontoristin mit einem jener Blicke an, darunter noch jedes kleine Mädchen windelweich geworden war.

(Fortsetzung folgt.)

Steuerlich erfaßt werden auch künstlerische und volkstümliche Veranstaltungen, wenn zugleich Speise und Getränke entgeltlich verabfolgt werden und genauch wird. Die Abrechnung mit den Steuerbehörden dürfte sich besonders umständlich gestalten, da der Unternehmer verpflichtet ist, für jede Veranstaltung ein genaues Steuerbuch zu führen, was bei größeren Betrieben viel Arbeit macht. Nicht ausgegebene Karten müssen ein Vierteljahr lang aufbewahrt werden, damit die Steuerstelle die Nichtumgehung der Verordnung nachprüfen kann. Eine besondere Staffelung ist ferner für Veranstaltungen vorgesehen, bei denen sich die Höhe der Pauschalsteuer nach dem Umfang des Raumes der Veranstaltung richtet. Außer den eingangs erwähnten Befreiungen von der Steuer sieht die Verordnung noch einige Milderungen für künstlerisch hochstehende Veranstaltungen vor.

— Der **„Evangelische Landesarbeitsdienst"**, die westfälische Provinzialorganisation für christlichen Arbeitsnachweis, wird besonders stark angegangen um christlich gesinntes, weibliches Hauspersonal. Es ist nachgrade eine der größten Nöte unserer so gesegneten Anstalten geworden, daß so viele Mädchen, die sich ohne Zweifel wohl dafür eigneten, in der Hausarbeit unserer Anstalten der christlichen Liebestätigkeit wertvolle — auch für sie selbst wertvoll! — Hilfe zu leisten, abseits stehen. Vielleicht wissen viele nicht davon. Der „Evangelische Landesarbeitsdienst" in Bethel bei Bielefeld, Bethelweg 13, ist bereit, geeignete Dienststellen zu vermitteln; auch aus und nach beiden Lippe und Waldeck.

— **Gegen Schund und Schmutz** wendet sich folgende Entschließung des Landesjugendringes (Sitz Gevelsberg), die an den Reichsjugendring weitergegeben wird: Der Landesjugendring des rheinisch-westfälischen Industriegebiets fordert, daß die Entschließung des Reichsjugendrings betr. das Jugendwohlfahrtsgesetz, welche bestimmt ist für den Minister des Innern, wesentlich erweitert und verschärft, bzw. erneut in verschärfter Form vorgebracht wird. Wir fordern strengste Bestrafung für Hersteller und Verbreiter von Schmutz in Wort und Bild. Dabei halten wir Geldstrafen für fruchtlos und verfehlt und fordern für diese schlimmsten Feinde gesunden Volkslebens nur entehrende Strafen. Geldstrafen würden die Hersteller und Verbreiter nur veranlassen, die Herstellung und den Umsatz von Schmutz zu steigern, um den durch ihre Bestrafung erlittenen geldlichen Schaden wieder herauszuarbeiten. Auch der Gesetzentwurf der Vereinigten Deutschen Prüfungsausschüsse für Jugendschriften ist uns in seinen Einzelheiten viel zu gelinde, weil er sich vor allem nur gegen Verschleißer und Händler, nicht aber gegen die Hersteller wendet; wir aber fordern, daß das Uebel an der Wurzel gefaßt wird!

•

* **Milspe**, 18. Juli. (Kriegsbeschädigten-Versammlung.) Durch die Gauleitung des Einheitsverbandes deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebenen, Sitz Bochum, wurde zum Sonntag hierher eine Versammlung einberufen. Der 1. Vorsitzende der Ortsgruppe, Fischer-Mil... leitete die Versammlung. Herr Peters-Dortmund sprach über das Programm des Einheitsverbandes, über die Forderungen besonders inbezug auf Umgestaltung der amtlichen Fürsorge, die dahin gehen, daß die Kriegsbeschädigten-Organisationen auf diesem Gebiet mitbestimmen wollen. An Hand der ergangenen Verfügungen, wonach den Kriegsbeschädigten ein Mitbestimmungsrecht in der Fürsorge eingeräumt ist, legte er dar, daß die Kriegsbeschädigten noch zu wenig in den Beiräten der Fürsorgestellen vertreten sind. Nach Streifung des Schwerbeschädigten-Gesetzes verbreitete sich der Redner in längeren Ausführungen über das Reichsversorgungsgesetz 1920. Der Einheitsverband müsse dieses Gesetz in seiner jetzigen Form ablehnen. Hierauf erwähnte der Redner die Einigungsverhandlungen zwischen dem Einheitsverband, Reichsbund und Hamburger Bund und betonte, daß die Vorbereitungen bis auf einige unwesentliche Punkte soweit gediehen seien, daß die Verschmelzung dieser Verbände im September d. J. erfolge. Der Zentralverband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegerhinterbliebenen habe sich selbst von den Einigungsverhandlungen ausgeschlossen, während der internationale Bund wohl für das volle Programm stimmte, aber darunter noch den Klassenkampf-Punkt stellte, der nicht angenommen werden konnte, wodurch auch dieser Bund sich der Einigung entgegenstellte. In der Diskussion traten einige Redner des Zentralverbandes den Ausführungen des Vortragenden entgegen. Hierauf verließen sie mit ihrem Gefolge die Versammlung.

* **Schmallinghausen**, 18. Juli. (Vom Blitz getroffen.) Zwei Ausflügler wurden bei dem gestrigen Gewitter auf der Sperrmauer der Ennepetalsperre vom Blitz gelähmt. Die beiden Verunglückten wurden mit Wagen abtransportiert.

•

Kalender der Veranstaltungen.

Dienstag, 19. Juli.

„Postwagen" (Schilken): Kirmes-Ball.

Union-Theater: Neues Kino-Programm.

Buschmanns Saal: Variété.

Hotel zur Hanse: Nachm. 5 Uhr Wein-Ball.

Limbergs Lokal: Ludo und Kitty, die Stimmungs-Kanonen.

Strandbad: Künstler-Konzert.

Mittwoch, 20. Juli.

Strandbad: Nachm. 3½ Uhr Konzert.

Kurenaufenthalt für Kriegsbeschädigte des Mittelstandes.

Das Ober-Taunus-Heim zu Falkenstein im Taunus, welches seit 15. Mai der Leitung des Zentralkomitees des Preußischen Landesvereins vom Roten Kreuz untersteht, ist als Kuraufenthalt für männliche und weibliche Kriegsbeschädigte des Mittelstandes bestimmt. Ein Anspruch auf Aufnahme besteht nicht. Die Anstalt ist mit allen Hilfsmitteln und Einrichtungen versehen, die für die Behandlung der nachstehend verzeichneten Krankheiten in Betracht kommen.

Genesende von schweren inneren oder äußeren Leiden, Stoffwechsel- und Bluterkrankungen, Herz- und Gefäßkrankheiten, Nierenleiden, Erkrankungen der Luftwege, Nervenleiden, chronisch-rheumatische Leiden, Krankheiten der Verdauungswerkzeuge. Ausgeschlossen von der Aufnahme sind: Kranke mit bösartigen Geschwülsten, mit Tuberkulose oder sonstigen Erkrankungen, die in irgendwelcher Weise die Gefahr einer Uebertragung auf die Umgebung mit sich bringen oder die größere chirurgische Eingriffe erfordern. Ferner Kurbedürftige, die dauernde Bettruhe oder außergewöhnliche Wartung und Pflege nötig haben.

Falkenstein liegt im besetzten Gebiet, im Bereich des Brückenkopfes Mainz. Auf Anordnung der französischen Besatzungsbehörde dürfen im Ober-Taunus-Heim nur solche Kriegsbeschädigte zur Kur zugelassen werden, die dauernd untauglich zu jedem Militärdienst sind. Die Anträge auf Aufnahme sind an das zuständige Versorgungsamt zu richten. Von diesem werden sie dem vorgesetzten Hauptversorgungsamte (ärztliche Abteilung) zur Entscheidung vorgelegt. Letzteres veranlaßt im Benehmen mit dem Chefarzt des Ober-Taunus-Heims die Einweisung.

Wenn sich unter den zur Aufnahme angemeldeten Kriegsbeschädigten des Mittelstandes ehemalige aktive Offiziere befinden, so können diese, soweit sie nach dem Offiziers-Pensionsgesetz verabschiedet sind, gegen Erstattung eines Betrages von zurzeit 20 Mk. pro Tag aufgenommen werden. Ehemalige Offiziere des Beurlaubtenstandes und alle andern Kriegsbeschädigten, die nach dem Reichsversorgungsgesetz abgefunden sind, würden den Kuraufenthalt kostenfrei erhalten. Soweit bekannt, sind zurzeit noch Plätze frei.

Westfalen und Rheinland.

* **Hagen**, 19. Juli. (Die Stadtverordneten) verabschiedeten gestern abend nach einer fünfstündigen Dauersitzung den Haushaltsplan für 1921. Er schließt mit 50 Millionen Mark ab, der Fehlbetrag beläuft sich auf 37 Millionen. Die Gewerbesteuer bringt 10,3 Millionen. Die Steuer vom Haus- und Grundbesitz wird von 0,7 auf 1 Prozent erhöht, ferner erfahren wesentliche Erhöhung die Abgaben an Kanalgebühren, Müllabfuhr usw. Diese neue Belastung des Hausbesitzes soll 1,7 Millionen Mark bringen. Im Zehnerausschuß (die Vertreter der Hausbesitzer und der Mieter) wurde einmütig beschlossen, diese neue Steuerlast auf die Mieter abzuwälzen, sodaß die Mieten einen neuen Aufschlag von etwa 15 Prozent erhalten werden. Die Betriebsteuer soll von 100 auf 1000 Prozent erhöht werden. Schließlich wurde noch einer Erhöhung der Preise für Elektrizität auf 3 Mk. für Licht- und 1,50 Mk. für Kraftstrom zugestimmt, Straßenbahn und Schlachthof erhalten sich selbst, Gas und Wasser bringen erhebliche Ueberschüsse.

* **Drecksfeld**, 18. Juli. (Feuer) zerstörte gestern nachmittag das dem Landwirt Volkenrath zu Weißenferd gehörige Anwesen. Infolge des Wassermangels und der unzureichenden Hilfe brannte das Wohnhaus vollständig nieder. Nur das Vieh und ein Teil der Möbel konnte gerettet werden. Mit einem Schlage ist die Familie, die seit 36 Jahren die Scholle bewohnte, obdachlos geworden. Die Entstehungsursache des Brandes ist unbekannt.

* **Bielefeld**, 18. Juli. (Tödlicher Unfall.) Der Drogeriebesitzer Führing aus Horn in Lippe hatte sich in einer hiesigen Fahrradwerkstätte einen Motor in sein Fahrrad einbauen lassen. Ohne Führerschein und ohne Kontrollnummer und trotz einer Verwarnung fuhr er mit seinem Motorrad los. Bei der Unterführung an der Heeper Straße kreuzten sich zwei Wagen. Führing versuchte dazwischen durchzufahren, geriet aber mit dem Vorderrad in das vordere Wagenrad des von Heepen kommenden Gefährts. Er stürzte so unglücklich, daß der Tod eintrat.

* **Osnabrück**, 19. Juli. (Pressekonflikt.) In der jüngsten Bürgervorsteher-Sitzung ist es zu einem Konflikt mit der Presse gekommen. Anläßlich einer Kritik der Berichterstattung der Osnabrücker Zeitung wandte sich der Bürgervorsteher von Deventer an die Vertreter der Presse mit folgenden Worten: „Wenn diese solchen Blödsinn berichten, dann sollten sie lieber gar nicht berichten!" Angesichts dieser Beleidigung verließen die anwesenden Pressevertreter geschlossen den Saal. Die Osnabrücker Volkszeitung, die den Angriff von Deventers entschieden zurückweist, bemerkt dazu: „Tatsächlich hat Herr von Deventer das gesagt, was die Osnabrücker Zeitung berichtete. Es soll ja Redner geben, die, wenn sie ihre Worte in der Zeitung lesen, lieber etwas anderes gesagt haben möchten, nachher aber die Presse verantwortlich machen, sie gewissermaßen als Prügelknaben benutzen. Das ist ein Verfahren, das schärfste Zurückweisung verdient.

* **Köln**, 18. Juli. (Präsidentenbeleidigung.) Der Schriftleiter der „Sozialistisch. Republik", Wolfgang Bartels, wurde wegen Beleidigung des Präsidenten Ebert und der früheren Minister Severing und Hoenisch zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

* **Boppard**, 18. Juli. (Schwarze Schmach.) Ueber die Untat zweier marokkanischer Soldaten, die sich an zwei jungen Mädchen in Gegenwart der Mütter in der scheußlichsten Weise vergangen hatten, hatte in der Bevölkerung eine derartige Empörung platzgegriffen, daß die französische Militärverwaltung es für geraten hielt, die gesamte marokkanische Garnison, etwa 600 Mann, in einer Nacht heimlich in einem Sonderzug fortzuschaffen.

* **Saarbrücken**, 18. Juli. (Verschobene Waggons.) Die Blechwarenwerke Dillingen sandten vor einiger Zeit zehn Waggons mit Blechwaren nach Saarbrücken, die aber niemals ankamen. Jetzt ist ermittelt worden, daß die wertvolle Ware mit Hilfe von Bahnbeamten von verschiedenen Stationen aus verschoben worden ist. In der Angelegenheit sind bereits mehrere Verhaftungen vorgenommen worden.

Putsch-Häuptlinge—geistig minderwertig.

In neuerer Zeit beschäftigen sich die Psychiater und Psychologen mit den revolutionären Führern, soweit sie in Gefängnissen oder sonstwo zur Verfügung stehen. Es handelt sich hier um die Führer revolutionärer Putsche. Da ist es nun auffallend, wie die verschiedensten Gelehrten einen großen Prozentsatz darunter feststellen, die zu den Psychopathen und geistig Minderwertigen zu rechnen sind.

Kahn hatte von 56 Führern der Münchener Unruhen im April 1919 16 ethisch-defekte und fanatische Psychopathen, Minderwertige und Schwachsinnige einer eingehender psychiatrischen Prüfung unterziehen können und glaubte mit Berechtigung den Schluß ziehen zu dürfen, daß unter den übrigen 40 Führern sich sicher noch weitere psychopathische Personen würden finden lassen. Dr. med. Brennecke-Hamburg konnte im Februar 1920 der forensisch-psychologischen Gesellschaft in Hamburg 3 Führer der Hamburger Revolten im Juni 1919 vorstellen, und zwar der eine von ihnen ein schwachsinniger psychopathischer Alkoholiker. Außerdem vermochte er im gleichen Vortrag 5 Mitläufer der revolutionierenden Menge zu demonstrieren, von denen einer ein Psychopath, die 4 andern angeborene Schwachsinnige waren.

In einem neuen Aufsatz in der Zeitschrift für Kinderforschung herausgegeben von J. Trüper, (Juni/Juliheft 1921) beschäftigt sich derselbe Dr. med. Brennecke aus Hamburg wieder mit der Frage der Psychopathologie der Revolution und der Revolutionäre. In der Tat, die Revolution kann als Krankheit der Volksseele gekennzeichnet werden. Aber er kommt auch wieder zu dem Ergebnis, daß die führenden Revolutionäre, die besonders in Putschen in Erscheinung treten, Psychopathen und disharmonische, unausgeglichene Persönlichkeiten mit erhöhtem Selbstgefühl seien. Trotzdem liegen die Fälle so schwierig, daß man nicht ohne weiteres die Zuständigkeit des § 51 des Str. G. B. in Anspruch nehmen kann. Aber er fordert mit Recht, daß die Oeffentlichkeit als solche vor solchen gefährlichen Subjekten geschützt werden müsse. Mit Umnestie, die unter Umständen nichts anderes als eine Übel angebrachte Humanitätsduselei darstellt, ist hier nichts geholfen. Im Gegenteil, die Sache wird dadurch nur noch schlimmer gemacht, und so geht allemal auf Kosten der Gesamtheit, der gegenüber die Oeffnung der Gefängnisse nichts anders als eine brutale Härte und Rücksichtslosigkeit darstellt.

Deshalb fordert Dr. Brennecke für die gemeingefährlichen und kriminellen Psychopathen Einrichtung von Sonderanstalten in dem Sinne, daß sie eine Zwischenstufe zwischen Korrektionsanstalt bezw. Gefängnis und Irrenanstalt einnehmen. Selbstverständlich ist hier Arbeitszwang für die Insassen streng durchzuführen. Um derartige Anstalten einzurichten, hat man allerdings Mittel im Staatshaushalt nötig, außerdem eine Erweiterung der Machtbefugnisse der Strafjustiz durch die gesetzgebenden Körperschaften.

Vermischtes.

Kriegsverbrecher.

In der Mittagstunde des 4. Juni wurde in Düsseldorf eine 19jährige Kontoristin auf dem Nachhausewege von Opladen nach Bürcing von einem französischen Soldaten angesprochen, gepackt und zu Boden geworfen. Zweimal gelang es dem Mädchen, sich zu befreien und davonzulaufen. Zweimal wurde es wieder niedergeworfen und schließlich, nachdem ihm ein Taschentuch in den Mund gesteckt worden war, nach heftigster Gegenwehr vergewaltigt. Als einige Frauen kamen, ergriff der Schänder die Flucht, wurde aber später von einem Oberjäger verhaftet. Bei einer Gegenüberstellung erkannte das Mädchen den Soldaten an verschiedenen Kratzwunden im Gesicht wieder. Der Regierungspräsident ist bei General Henoque vorstellig geworden. — Am Abend des 8. Juni wurde in der Rheinallee in der Nähe des Restaurants Rheineck ein 23jähriges Mädchen von drei französischen Soldaten überfallen, niedergeworfen, an Händen und Füßen gehalten und unter der Drohung, daß es beim geringsten Laut erstochen werde, von jedem der drei Soldaten vergewaltigt. Darauf verschwanden die Uebeltäter.

70 Gebäude in Asche.

Das ostpreußische Dorf Gimmendorf (Kreis Neidenburg) ist fast vollständig niedergebrannt. Siebzig meist strohgedeckte Gebäude wurden eingeäschert. Viel Kleinvieh ist umgekommen.

„Fürchtenichts", — — Schrott.

Das britische Schlachtschiff Dreadnought, das erste Schiff seiner Gattung, das den Großkampfschiffen der modernen Flotte den Namen gab, ist soeben für 44 000 Pfund Sterling als Alteisen verkauft worden. Es kostete seinerzeit mehr als 1½ Millionen Pfund Sterling.

Zum Bürgermeistermord.

Die weitere Untersuchung des Raubmordes an den beiden Bürgermeistern Busse und Werner hat zu wichtigen Ergebnissen geführt, die den mutmaßlichen Mörder schwer belasten. Man hat in seiner Wohnung in Ziegelhausen in einer Truhe auf dem Speicher unter alten Kleidern, Säcken usw. eine Reihe von Wertsachen der beiden Bürgermeister gefunden, u. a. eine schwarze Tasche, die goldene Uhr des Bürgermeisters Werner mit dessen Monogramm, die lange silberne Uhrkette, dessen rotbraune Brieftasche, in der sich die Stahluhr des Oberbürgermeisters Busse, zehn Fünfzig-Markscheine, einige Besucheinladungen, eine Zigarettentasche, ein Spiegel und der Siegelring des Oberbürgermeisters Werner befanden. Siefert wurde sofort nach der Wohnung gebracht, wo ihm die Gegenstände vorgelegt wurden, wobei er in sichtbare Verlegenheit geriet. Aber er erklärte, die Sachen seien wohl seit einiger Zeit in seinem Besitz und er habe sie kurz vor seiner Verhaftung versteckt, aber mit der Tat habe er nichts zu tun. Siefert gibt an, daß ihm zwei Unbekannte auf der Eisenbahnfahrt von Oberbach nach Heidelberg, bei der er wegen Übermüdung eingeschlafen sei, die Sachen in seinen Rucksack gelegt haben müßten.

Im Seebade ertrunken.

In Niendorf an der Lübecker Bucht bei Travemünde wagten sich die beiden zehn- und elfjährigen Söhne des Pastors H. aus Harzburg beim Baden zu weit in die See vor und ertranken. Der Vater, der mit den Knaben badete, hatte sie aus den Augen verloren und war der Meinung, sie seien am Strand, bis ihm die Wellen die entseelten Körper vor die Füße spülten.

Verhaftung eines kommunistischen Verbrechers.

In Wildbad wurde ein Dezernent von der Berliner Kriegsbeschädigtenfürsorge, der den Namen Dr. jur. Rudolf führte, verhaftet. Es stellte sich heraus, daß sich unter diesem Namen der langgesuchte Frankze verbirgt, der bei dem Anschlag auf die Siegessäule von seinen Genossen als Urheber bezeichnet wurde. Es liegt weiter Grund zu der Annahme vor, daß er mitschuldig ist an dem Tode der Offiziere, die während der Kapptage in Schöneberg in und vor dem Rathause getötet wurden.

Einen Verzweiflungsschritt

hat der Besitzer eines Betriebes in Neu-Isenburg unternommen, dem die Steuerbehörde eine viel zu hohe Einschätzung ins Haus geschickt hatte. Er mußte sich schließlich nicht anders zu helfen, als daß er im „Neu-Isenburger Anzeigenblatt" folgenden Aufruf erließ: „50 000 Mark Belohnung zahle ich demjenigen, der mir meine Betriebsanlage für 148 800 Mark, für welchen Betrag sie die Steuerbehörde eingeschätzt hat, abkauft oder den Verkauf vermittelt."

Neue „Kultur" in Deutsch-Afrika.

In Hamburg sind mit einem deutschen Dampfer zwei Denkmäler aus unserer früheren Kolonie Ostafrika eingetroffen, eine Bismarck-Statue und ein Standbild des Majors von Wissmann. Die Engländer hatten diese Denkmäler nach London gebracht, von wo sie jetzt weiter nach Deutschland geschafft worden sind. Ueber ihre Aufstellung in Deutschland ist noch keine Anordnung ergangen. Vorläufig lagern sie in einem Schuppen des Hamburger Hafens. Als wir anno 70 Elsaß-Lothringen befreiten, blieben alle französischen Denkmäler auf ihrem Fleck stehen.

Eine neue dicke Berta.

In Newyork wurde vor einigen Tagen Interessenten ein schweres Geschütz gezeigt, das eine neue Art dicker Berta darstellt. Das Geschütz soll nach der Angaben seines Erfinders imstande sein, ein Geschoß im Gewicht von 5 Tonnen auf eine Entfernung von 200—300 Meilen zu schleudern. Der Erfinder ist ein Engländer namens Temple, der die Erfindung bereits im Jahre 1915 gemacht haben will, dem es aber erst jetzt gelungen ist, die Konstruktion durchzuführen. Das Geschütz soll nach Angabe seines Erfinders bisher unerreichte Vorzüge haben. Die Abfeuerung ist unhörbar, unsichtbar und verursacht keinen Rückstoß. Das Probegeschütz, das in Newyork vorgeführt wurde, durchschoß eine Stahlplatte von ¾ Zoll Dicke glatt. Der Erfinder erklärte, daß das Geschütz trotz der außerordentlich großen militärischen Möglichkeiten, die es bietet, in der Hauptsache zu industriellen Zwecken Verwendung finden soll. Es gestattet nämlich, in die Panzerplatte anstelle des bisherigen langwierigen Bohrverfahrens Löcher zu schießen. Dies abgekürzte Verfahren kommt u. a. auch bei dem Bau von Kriegsschiffen und ihrer Panzerung zugute. Das Geschütz ist so konstruiert, daß es auch unter Wasser in Tätigkeit gesetzt werden kann . . . (Bei der „Konstruktion" dieses Geschützes scheint die große Hitze mitgewirkt zu haben.)

Deutscher Kaviar.

Russischer Kaviar ist bei uns begreiflicherweise knapp geworden. Das kann dem deutschen Kaviar natürlich nur zugute kommen und wird wohl auch dazu führen, daß man diesen mehr schätzen lernt als bisher. Wenn unsere Fischer beim Salzen etwas mehr Sorgfalt verwendeten, könnte sie recht wohl eine Ware erzeugen, die der russischen nur wenig nachstünde. Der Stör ist in der Nord- und Ostsee zu Hause und gedeiht hier ausgezeichnet. Im Herbst und Frühjahr sucht er die deutschen Flüsse auf, um in ihnen zu laichen. Am häufigsten findet er sich seit alter Zeit in der Elbe und in der Weichsel, auch in der Oder und Memel kommt er vor. Seit dem 14. Jahrhundert verstand man sich im Ordenslande, späteren Herzogtum Preußen, auf die Herstellung von Kaviar. Heute kommt das Gebiet der Elbe für den Störfang wohl mehr in Betracht als das der Oder, aber leider ist er auch dort immer mehr zurückgegangen. Im Ganzen wurde kurz vor dem Kriege deutscher Kaviar jährlich in einer Menge von 6000—7000 Kilogramm erzeugt. Zehn Jahre früher betrug die Produktion mindestens das Doppelte.

Die Verminderung wird darauf zurückgeführt, daß man zuviele kleine, noch nicht reife Störe weggefangen hat. Es wäre deshalb wohl zweckmäßig, wenn man, um die deutsche Kaviarerzeugung in Zukunft zu vermehren, den Störfang für einige Zeit überhaupt verböte und dadurch eine Auffrischung des Bestandes herbeiführte.

Gehälter für Mütter.

In dem Bemühen, dem Sinken der Geburtenziffer Einhalt zu tun, ist in Frankreich ein Gesetzesvorschlag eingebracht worden, nach dem jede französische Frau während der letzten vier Monate ihrer Schwangerschaft, bis acht Wochen nach der Entbindung, falls sie selber stillt und in dieser Zeit keine Arbeit verrichtet, ein Monatsgehalt von 300 Franken erhalten soll. Jede Gemeinde soll eine Schutzstelle für Mütter und Kinder einrichten.

Agrar-Studentinnen.

Studierende Frauen der Landwirtschaft gab es auf den beiden landwirtschaftlichen Hochschulen in Berlin und Poppelsdorf bei Bonn im vorigen Winter im ganzen 70; in Berlin 47, in Poppelsdorf 23. Davon waren in Berlin 25 Gasthörerinnen, in Poppelsdorf nur 1. Von diesen Frauen studieren die Landwirtschaft in Berlin 43, kein bestimmtes Fach 4. In Bonn studieren die Frauen nur die Landwirtschaft. Sie gehören weder der geodätischen (Vermessung) und kulturtechnischen, noch auch der landwirtschaftlich-technischen Abteilung für Gärungszwecke an.

Turnen, Sport und Spiel.

Der deutsche Marathonlauf kam am Sonntag im Deutschen Stadion zu Berlin über 42,2 Kilometer zum Austrag. 51 Läufer traten in drei Klassen zum Wettbewerb an. Der Sieger des Vorjahres Wels (Marathon 02) konnte auch diesmal mit 3:11:50 einen Sieg feiern. Er lag zunächst im Hintertreffen setzte sich aber nach 20 Kilometer nach vorn und siegte schließlich unangefochten dem Ziele zu.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Rudolph Waschmann, für den Anzeigen- und Reklameteil Wilh. Herkenräder, beide in Gevelsberg.

Sprechsaal.

(Unter dieser Rubrik geschehen wie allen Bürgern und Parteien freies Recht. Für Übernahmen für die Einsendungen jedoch nur die preßgesetzliche Verantwortung. Die Schriftleitung.)

Die „Gevelsberger Zeitung" brachte in der Nr. vom 11. d. M. einen Bericht über die Generalversammlung des hiesigen Haus- und Grundbesitzervereins, in welcher u. a. behauptet wird, die hiesige Mietervereinigung habe seinerzeit die Verhandlungen abgebrochen und wäre es jetzt an dieser Vereinigung, zwecks Arbeitsgemeinschaft, oder besser gesagt, gütlicher Einigung an den Haus- und Grundbesitzerverein heranzutreten. Tatsächlich ist die Sache aber umgekehrt. Der Vorsitzende des Haus- und Grundbesitzervereins schrieb eigenhändig den damals bereits in einer Versammlung der Mietervereinigung verlesenen Bescheid auf eine vom Vorstand der Vereinigung ergangene Einladung zu weiterer Verhandlung, er müsse im Auftrag des Haus- und Grundbesitzervereins weitere Verhandlungen als zwecklos ablehnen. Betr. Karte ist im Besitz des jetzigen Vorsitzenden Müller. Das ganze Verhalten erscheint uns somit in einem sonderbaren Gegensatz zu den Behauptungen des Haus- und Grundbesitzervereins.

Den Versuch, die Mieter zur Zahlung des 55-prozentigen Teuerungszuschlages rückwirkend ab 1. April zu zwingen, mögen die Herren als richtig ansehen. Wir machen die Mieter nochmals darauf aufmerksam, unter keinen Umständen vor dem bekannten Termine zu zahlen, bis diese Sache zu Recht entschieden ist. Bei bereits geleisteter Zahlung muß Vorbehalt zur Rückzahlung erfolgen. Der Vorstand der Mietervereinigung wird dafür Sorge tragen, daß Klarheit in diesem Falle geschaffen wird.

Der Vorstand der Mieter-Vereinigung Gevelsberg und Umgegend
J. A.: O. Müller.

Vergessen Sie nicht für die Reise
1 Tube Zahnpasta „Nr. 23"
(Dr. Bahr's berühmtes Zahnpulver „Nr. 23" i. Pastenform) einzuhausen.
Adler-Apotheke und Drogerie O. Bruchmann.
Drogerie A. Schmermund, Mittelstraße 79.

Dr. Lahmanns Gesundheits Stiefel
Das Beste, Feinste, Bequemste der Gegenwart.
Alleinverkauf für Gevelsberg
Ed. Steuernagel Nachf.,
— Mittelstrasse 41. —
Milspe: Carl Fischer.
Schwelm: Schuhhaus Fischer.

Strandbad Gevelsberg.
Heute Dienstag:
Großes Künstler-Konzert.
Preise wie gewöhnlich.

Bekanntmachung.
Blusentuch und Band, 1 Kindermütze und 1 Regenschirm gefunden.
Gevelsberg, 18. Juli 1921.
Die Polizeiverwaltung

Favorit-Schnitte
Wer probt, der lobt.
Heinr. Bremke, Mittelstr.

Prächtigen
Sonntagsjungen
angekommen.
Friedr. Wilh. Hasenclever und Frau Else geb. Bick.
Gevelsberg, den 17. Juli 1921.

Nachruf.
Am 17. ds. Mts. verschied nach nur kurzer Krankheit der
Platzarbeiter
Karl Leusmann
im Alter von 60 Jahren.
Wir verlieren in dem Verstorbenen einen fleißigen, treuen Mitarbeiter, dessen Andenken wir in Ehren halten werden.
Gevelsberg, den 19. Juli 1921.
Hutfwerke.

Schreibmaschinen
sowie alle anderen Büromaschinen repariert und reinigt
Schlemmer & Kesper
Gevelsberg - Telefon 982.
Vertrieb der
Continental-Schreibmaschinen.

Strandbad Gevelsberg.
Heute Dienstag:
Großes Künstler-Konzert.
Preise wie gewöhnlich.

Bin in den nächsten Tagen wieder in Gevelsberg zum
Klavierstimmen und reparieren.
Bestellungen erbitte noch bis Sonnabend den 23. in der Geschäftsstelle ds. Zeitung abzugeben.
Klavierbauer Fritz Jürgens.

Bekanntmachung.

Vom 1. August ab erfolgt die Erhebung der Kapitalertragsteuer, Körperschaftssteuer und Grunderwerbsteuer für den Bezirk des Finanzamtes Schwelm bei der Finanzkasse Schwelm im Gebäude des Finanzamtes, Neustr. 4, Zimmer Nr. 3.

Die Gemeindekassen nehmen Einzahlungen auf diese Steuern nur noch bis zum 26. Juli cr. an. Vom 27. bis 31. Juli werden Zahlungen nicht entgegengenommen.

Die Finanzkasse Schwelm ist dem Giroverkehr angeschlossen
bei der Reichsbank Schwelm,
bei der städtischen Sparkasse Schwelm (Konto Nr. 734),
und beim Postscheckamt Hannover unter Nr. 57 670.

Die Kasse ist für den Publikumverkehr geöffnet an allen Werktagen von 8½ Uhr bis 12 Uhr vormittags.

Schwelm, den 14. Juli 1921.

Finanzamt Schwelm.
J. V.: Eckert, Steuerinspektor.

Bekanntmachung.

Der 28. Westfälische Zuchtviehmarkt der Landwirtschaftskammer für Rindvieh (Bullen und Rinder) ist auf den 29. und 30. September ds. Jrs. in Dortmund auf dem Magerviehhof festgesetzt.

Der Markt beginnt vormittags 8 Uhr, die Versteigerung der schwarzbunten Tiere am 29. September 1921, 12 Uhr mittags, der rotbunten Tiere am 30. September 1921, 12 Uhr mittags. Die auszustellenden Tiere (schwarz- und rotbunter weist. Tieflandschlag) sind bis zum 1. August ds. Js. bei der Landwirtschaftskammer in Münster, Schorlemerstraße 6 anzumelden. Marktordnung und Anmeldebogen können von dort und den Bezirksstutzuchtinspektionen der Landwirtschaftskammer in Ahlsberg, Herford und Paderborn kostenfrei bezogen werden.

Schwelm, den 14. Juli 1921.

Der komm. Landrat.
Erdmann.

Hotel „Zur Hause"
Dienstag, 2. Kirmestag
findet in meinem prächtig dekorierten Saal
Großer Wein-Ball
statt. Anfang 5 Uhr.
Es ladet freundlichst ein
H. Reuter.

Heute, 2. Kirmestag ab 5 Uhr in meinem Speisesaal:
Großes Konzert.

Qualitäts-Kaffee
finden Sie stets
frisch gebrannt und preiswert bei
Wwe. Ernst Schulte
Mittelstraße 12. Mittelstraße 12.


Arbeit für die Industrie
vermittelt
zielbewußte Reklame!
Hierfür liefert
Kataloge, Preislisten
mit eigenen Klischees die
Buch- u. Akzidenzdruckerei
Phil. Baltin
Gevelsberg
Gegründet 1878. Fernruf Nr. 58.
Monotype- und Linotype-Setzmaschinenbetrieb.

Gutes Klavier
u. Salon-Polstermöbel zu verkaufen. Näheres in der Geschäftsstelle ds. Ztg.

Jüngere Stenotypistin
mit guter Schrift sowie von tüchtiger Fabrikgehilfin per sofort gesucht.
Angebote unter B. 88 an die Geschäftsstelle ds. Ztg.

Strandbad Gevelsberg.
Inh.: H. Stremme.
Mittwoch, den 20. Juli:
Großes Strand-Konzert,
ausgeführt von der
Bode'schen Kapelle, Hagen
(ehemalige Militärmusiker).
Anfang 3½ Uhr.
Eintrittspreise (inkl. Badekarte)
für Badende: Erwachsene Mk. 1.50, Kinder . . . „ 1.—
für Zuschauer: Erwachsene Mk. 1.—, Kinder . . . „ 0.80

Guter Verdienst
durch Verkauf von Toilettenartikeln an Private (auch als Nebenerwerb). Einige Hundert Mk. erforderl. Angebote unter Lagerkarte 35, Dresden-N. 14.

Suche für meinen Haushalt (3 Pers., ein Mädel v. 11 Jahren) ein junges, fleißiges
Mädchen
aus nur guter Familie.
Frau Fritz Clist, Elberfeld, Ottenbrucher Str. 54.

Ein in allen Hausarbeiten erfahrenes
Mädchen
nach auswärts gesucht.
Näheres bei
Frau Dr. Brasch, Brüderstr. 9

Waldbeeren
frisch eingetroffen.
Wortmann, Hagener Straße 55.

Grenzlanddeutschtum
– ein Begriff, den uns nach erst der sog. „Friedensvertrag" von Versailles geschenkt hat. Im Norden, Osten, Südosten und Westen des Reiches — überall hat der unglückliche Ausgang des Weltkrieges Deutsche in größerer und kleinerer Zahl der Botmäßigkeit fremder Völker und Rassen überantwortet. Diesen von dem Mutterlande Zusammenhange mit der Volksgemeinschaft widerrechtlich und wider Willen abgesperrten Volksgenossen im Kampfe um die Erhaltung und Stärkung ihres deutschen Wesensart beizustehen, ihnen, wenn keine Möglichkeit zu werktätiger Hilfe vorhanden ist, das Gefühl zu geben, daß das Reich sie nicht vergessen hat und nie vergessen wird, ist eine wirklich nationale Pflicht, deren sich vor allem nicht das Sprachrohr der öffentlichen Meinung, die Presse, entziehen sollte. Insbesondere muß von jeder Zeitung, die Anspruch auf eine führende Stellung im nationalen Leben erhebt, will, verlangt werden, daß sie dieser Aufgabe ihre volle Aufmerksamkeit zuwendet. — In solcher Erkenntnis hat die
Rheinisch-Westfälische Zeitung
ihren Nachrichtendienst, unabhängig von den öffentl. Depeschenbüros, derart ausgebaut, daß sie in der Lage ist, ihre Leser in umfassender Weise, unbedingt zuverlässig und unverzüglich schnell über alle Vorgänge und Tatsachen, die mittelbar oder unmittelbar für das Schicksal und das Wohlergehen unserer Volksgenossen an den heutigen Grenzen des Reiches irgendwelche Bedeutung haben, zu unterrichten. Sie unterhält eigene Berichterstatter in Riga, Prag, Wien, Klagenfurt, Metz, Straßburg usw., die ihre an Ort und Stelle gewonnenen Eindrücke in regelmäßigen Zeitabständen und bei jedem wichtigen Anlasse in größeren Aufsätzen schildern, die zur Besprechung stehenden Vorgänge kritisch beleuchten, sie im Zusammenhange darstellen und die Frage nach ihren Folgen und Wirkungen möglichst eingehend beantworten. Hand in Hand damit geht eine umfangreiche Berichterstattung über alles, was im Reiche zu Nutz und Frommen der Grenzlanddeutschen geschieht, sie gegebenenfalls notwendige Ergänzung zu den von andern kommenden Berichten und Meldungen.
Bestellungen auf unser Blatt nehmen alle Postanstalten und unsere bekannten Geschäftsstellen entgegen. — Der Bezugspreis beträgt nur Mark 6.— pro Monat.
Verlag der Rheinisch-Westfälischen Zeitung, Essen

Drucksachen aller Art fertigt an
Buchdruckerei Phil. Baltin.

Freundl. möbliert. Zimmer mit voller Pension zu vermieten. Zu erfragen in der Geschäftsstelle ds. Ztg.

Möbl. Zimmer möglichst mit Pension, von jungem Herren gesucht.
Angebote unter B. 91 an die Geschäftsst. ds. Ztg.

Kost und Logis
für jungen soliden Mann gesucht. Näh. Karl Schaufelberger Nachf., Mittelstr. 17.

Hausfrauen
haben trotz Küchenarbeit und häuslicher Arbeit zarte, rosige Gesichtshaut und weiche Hände durch die Ask-Seesand-Mandelkleie.
Ask-Seesand-Mandelkleie ist überall erhältlich

Strandbad Gevelsberg.
Heute Dienstag:
Großes Künstler-Konzert.
Preise wie gewöhnlich.